

TAUBERBISCHSHEIM

Mittwoch 4. APRIL 2018 / Seite 17

Ta

Rechte Tauberseite: Der Spatenstich für den Hochwasserschutz erfolgte am gestrigen Dienstag im Beisein von Umweltminister Franz Untersteller

Gut investiertes Geld für Mensch und Natur

Der Spatenstich für den Hochwasserschutz an der rechten Tauberseite erfolgte am gestrigen Dienstag. Die Kosten von 2,9 Millionen Euro tragen zu 70 Prozent das Land und zu 30 Prozent die Stadt.

Von unserem Redaktionsmitglied Harald Fingerhut

TAUBERBISCHSHEIM. Lang ersehnt, viel diskutiert und dringend notwendig: der Hochwasserschutz sowohl auf der rechten als auch auf der linken Tauberseite in Tauberbischofsheim. Nun wird er realisiert. Die Planungsphase sei etwas länger gewesen, aber das war auch gut so, meinte der Präsident des Regierungspräsidiums Stuttgart, Wolfgang Reimer: „Der Hochwasserschutz ist ein sensibles Thema. Hier gilt es, unterschiedliche Interessen, vor allem auch die der Bürger, nicht nur zu berücksichtigen, sondern auch zu integrieren.“ Flüsse seien Lebensraum sowohl für Tiere und Pflanzen als auch für die Menschen. „Deshalb war es uns wichtig, die Meinung der Tauberbischofsheimer bei mehreren Bürgerversammlungen abzufragen“, sagte Reimer. Und noch ein Gutes habe die lange Planungszeit gebracht: „Wir konnten nun die neuesten Aspekte des Klimawandels mit den immer öfter auftretenden Starkregenereignissen einarbeiten“, führte der Regierungspräsident weiter aus. „Die schützenden Bauwerke werden deshalb auch dementsprechend höher.“

Viele Interessen spielen eine Rolle „Bei den Hochwasserschutzmaßnahmen entlang der Tauber in Tauberbischofsheim soll ein Dreiklang aus Hochwasserschutz, ökologischer Aufwertung des Flusses und Schaffung eines Naherholungsgebiets für die Menschen erreicht werden“, erklärte Reimer weiter. „Hochwasserschutz kann nie eindimensional betrachtet werden, sondern



Den Spatenstich für den Hochwasserschutz rechte Tauberseite nahmen am gestrigen Dienstag (von links) Bürgermeister Wolfgang Vockel, Umweltminister Franz Untersteller, der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Professor Dr. Wolfgang Reinhart, und Regierungspräsident Wolfgang Reimer vor.

BILDER: HARALD FINGERHUT

muss neben dem Schutz der Menschen und deren Hab und Gut auch immer den ökologischen Aspekt, wie Aufwertung der Uferstreifen, und der Schaffung von Lebensräumen für Tier- und Pflanzenarten im Auge haben.“

Zudem, so der Regierungspräsident, seien vereinzelt Hochwasserschutzmaßnahmen nicht sinnvoll. Es müsse stattdessen immer der gesamte Flusslauf mit den einfließenden Gewässern das Maß der Dinge sein. Deshalb bilde der Hochwasserschutz auf der rechten Tauberseite nur den Auftakt für insgesamt drei Maßnahmen im Tauberbischofsheim

Stadtgebiet. „Genauso wichtig für den Schutz der Stadt ist der Hochwasserschutz auf der linken Tauberseite, der unmittelbar folgen soll“, meinte Wolfgang Reimer. „Er wird in zwei Bauabschnitte untergliedert sein und insgesamt sieben Millionen Euro kosten.“ Auch hier trage das Land 70 Prozent und die Stadt 30 Prozent der Kosten.

„Als abschließender Baustein des Hochwasserschutzes erfolgen dann

der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor den Folgen eines Hochwassers weiter intensivieren“, sagte der Politiker. Ein Hochwasser wie im Frühsommer 2013 oder außergewöhnlich starke Regenfälle wie im Frühsommer 2016 könnten Menschenleben fordern und Schäden in Milliardenhöhe verursachen. „Daher besteht die höchste Priorität bei den Planungen zum Hochwasserschutz in den Klimawandelsfaktor.“ Bei einem Hochwasser, wie es statistisch einmal in 100 Jahren vorkommen kann, unterstelle das Land einen um 15 Prozent höheren Wasserabfluss.

Natürlich könne auch mit dem Klimawandelsfaktor das Hochwasser nicht verhindert werden, betonte Untersteller. „Aber wir können vieles tun, um die Schäden so gering wie möglich zu halten.“ Hierzu gehörten Maßnahmen der Hochwasservorsorge, wie aktuelle Alarm- und Einsatzpläne, das Flutinformations- und Warnsystem „Flivas“. Weiter nannte Untersteller die Hochwasservorhersagezentrale in Karlsruhe, aber auch ein vorausschauendes Flächenmanagement von Städten und Gemeinden. Die für den Hochwasserschutz benötigten Flächen müssten von Kommunen von einer Behauptung frei gehalten werden.

„Zur umfassenden Hochwasserschutzstrategie des Landes gehören auch technische Maßnahmen wie

hier in Tauberbischofsheim“, sagte der Minister. „Hierfür stellen wir den Städten und Gemeinden jedes Jahr Finanzmittel von rund 60 bis 70 Millionen Euro bereit.“ Durch die Zweckgebundenheit des Wasserpreises für Hochwasserschutzmaßnahmen seien die Mittel für den Hochwasserschutz nicht mehr konjunktursensibel, sondern könnten regelmäßig zur Verfügung gestellt werden.

Binnenentwässerung wichtig Mit Blick auf die lange Historie an Hochwasserereignissen in Tauberbischofsheim meinte Bürgermeister

Wolfgang Vockel: „Es wird Zeit, Vorsorge zu treffen. Hochwasserschutz schützt Menschen, Infrastruktur und Sachwerte.“ Aber, so der Rathauschef weiter, sei es für die Stadt damit noch nicht getan: „Als kommunale Last kommt hier noch die Binnenentwässerung hinzu, die zu 100 Prozent Stadtaufgabe ist.“

Wenn der Hochwasserschutz realisiert sei, könne Wasser wieder in die Innenstadt noch aus dem Kanalsystem in die Tauber fließen. „Bei einem Starkregen kann das Regenwasser nicht mehr abfließen, folglich muss die Binnenentwässerung ebenfalls aufgerüstet werden, etwa mit Pumpen, um das Wasser in die Tauber zu heben“, führte Wolfgang Vockel aus.

Schutz der Tauber erhehen

Abschließend sprach der Bürgermeister ein dringliches Problem an: den Schutz der Tauber und des Grundwassers im Taubertal. „Die Tauber ist der Mittelpunkt eines empfindlichen Ökosystems“, machte das Stadtoberhaupt deutlich. Dem trage das Land mit der Renaturierung zwar Rechnung, aber es fehle immer noch das schon seit Jahrzehnten geforderte und seit Jahren in Planung befindliche Rückhaltebecken für die westliche Tauberseite. „Bei einem Unfall auf der A81 im westlichen Taubertal aufstieg mit einem Pkw und einem Lkw sei eine größere Menge Diesel ausgelaufen. Es ist zwar glücklicherweise nichts ins Grundwasser gesickert, aber die Feuerwehr hat in solchen Fällen keine Chance, den Diesel auf der Fahrbahn oder im Straßkanal aufzuhalten“, betonte Vockel die Dringlichkeit des Baus eines Rückhaltebeckens für die Sicherheit der Trinkwasserversorgung. „Bitte erledigen“, forderte der Bürgermeister.

Der Hochwasserschutz auf der rechten Tauberseite ist ein technisch anspruchsvolles Bauwerk, weil es sich aus mobilen Elementen, wie Spundwänden, und festen Bestandteilen, wie Mauern, zusammensetzt“, erläuterte abschließend Referatsleiter Markus Moser kurz das Projekt.



Die bereits vorhandene Mauer entlang des Radwegs reicht bei einem 100-jährigen Ereignis nicht mehr aus. Auch hier muss nachgebessert werden.

heren Wasserabflusses. „Als abschließender Baustein des Hochwasserschutzes erfolgen dann

heren Wasserabflusses. „Als abschließender Baustein des Hochwasserschutzes erfolgen dann

Klimawandel berücksichtigt

„Hochwasserschutzmaßnahmen sind zwar aufwendig, aber letztendlich sehr gut investiertes Geld“, meinte Umweltminister Franz Untersteller (Bündnis 90/Die Grünen) anlässlich des Startschusses für die Hochwasserschutzmaßnahmen an der rechten Tauberseite. „Gerade in Zeiten des Klimawandels müssen

heren Wasserabflusses. „Als abschließender Baustein des Hochwasserschutzes erfolgen dann

heren Wasserabflusses. „Als abschließender Baustein des Hochwasserschutzes erfolgen dann

Klimawandel berücksichtigt

„Hochwasserschutzmaßnahmen sind zwar aufwendig, aber letztendlich sehr gut investiertes Geld“, meinte Umweltminister Franz Untersteller (Bündnis 90/Die Grünen) anlässlich des Startschusses für die Hochwasserschutzmaßnahmen an der rechten Tauberseite. „Gerade in Zeiten des Klimawandels müssen



In diesem Abschnitt zwischen Fußgänger- und Tauberbrücke gibt es in Sachen Hochwasserschutz noch einiges zu tun.

Zoll Heilbronn: Beamte kontrollierten im letzten Jahr 229 Baufirmen im Landkreis / Hoher Schaden für den Staat durch hinterzogene Steuern und Sozialabgaben

36 Ermittlungsverfahren gegen Betriebe eingeleitet

MAIN-TAUBER-KREIS. Schwarzarbeit im Fokus: Baufirmen im Main-Tauber-Kreis müssen häufiger mit einem Besuch vom Zoll rechnen. Darauf weist die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) mit Blick auf neue Zahlen des Bundesfinanzministeriums hin.

Schaden in Millionenhöhe

Daneben kontrollierten Beamte im Bereich des zuständigen Hauptzollamts Heilbronn im vergangenen Jahr insgesamt 229 Bauunternehmen – das sind rund elf Prozent

mehr als im Vorjahr. Hierbei leiteten die Zollner 36 Ermittlungsverfahren wegen nicht gezahlter Mindestlöhne ein. Der Schaden wegen hinterzogener Steuern und Sozialabgaben belief sich auf rund 5,27 Millionen Euro, so die Gewerkschaft.

„Alarmierende Zahlen“

Die IG Bau Stuttgart nennt die Zahlen „alarmierend“. Der Anteil schwarzer Schafe in der Baubranche sei nach wie vor sehr hoch. „Selbst dabei ist noch von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen. Viele

Dumping-Firmen gehen nicht ins Netz des Zolls, weil die Beamten mit den Kontrollen überhaupt nicht hinterkommen“, sagt IG BAU-Betriebsvorsitzender Mike Paul.

IG Bau fordert mehr Kontrollen

Angesichts des aktuellen Baubooms sei davon auszugehen, dass auch die illegale Beschäftigung stark zugenommen habe. „Zwar ist das Plus bei den Prüfungen zu begrüßen. Doch mit Blick auf das Ausmaß krimineller Machenschaften in der Branche müssen die Behörden auch

im Main-Tauber-Kreis noch viel stärker kontrollieren“, so Paul. Hierfür benötige der Zoll jedoch deutlich mehr Personal – auch beim Hauptzollamt Heilbronn. „Für eine effektive Ermittlung brauchen wir Manpower“, erklärt Paul. Die IG Bau fordert bundesweit mindestens 10.000 Beamte bei der FKS. Zuletzt waren lediglich gut 6.400 FKS-Poststellen besetzt.

Gewerkschaften beteiligen

Die Zollbilanz geht aus einer Antwort des Bundesfinanzministeriums

auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Beate Müller-Gemmecke (Grüne) hervor. Um mehr Möglichkeiten im Kampf gegen Schwarzarbeit zu haben, schlägt die IG Bau die Schaffung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften in allen Bundesländern vor. Auch die Gewerkschaften könnten an den Kontrollen beteiligt werden. „Die Schweiz hat damit gute Erfahrungen gemacht“, sagt Paul. Nach dem „Genfer Modell“ machen dort Gewerkschaften und Arbeitgeber gemeinsame Kontrollen auf Baustellen. *igb*

ANZEIGE

Lauerbachs Weinschänke
Ab heute geöffnet!
Jewells Ml. Do.,
Fr., Sa., ab 17:00 Uhr
Tiefengasse 2
97941 Impflingen
Telefon 09341/2621

BLICK IN DIE STADT

Jahrgangstreffen

TAUBERBISCHSHEIM. Die Angehörigen des Jahrgangs 1932/33 treffen sich am Donnerstag, 5. April, um 12 Uhr im Restaurant „Hellas“.